

# QUARTALSBERICHT

Projektland: Serbien und Montenegro

Quartal/Jahr: III/2011

## SCHLAGZEILEN

1. Goran Hadžić verhaftet
2. Bundeskanzlerin Merkel besucht Belgrad
3. Nordkosovo – Konflikt wegen Zollstreit mit Serbien eskaliert

### Goran Hadžić verhaftet

Goran Hadžić, der ehemalige politische Führer der kroatischen Serben und letzte flüchtige Haager Angeklagte, wurde am 20. Juli 2011 von Beamten des serbischen Geheimdienstes BIA im Bereich des Nationalparks Fruška Gora in der nordserbischen Provinz Vojvodina festgenommen.

Präsident Tadić erklärte bei einer Pressekonferenz, dass Serbien somit das schwerste Kapitel der Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag abgeschlossen sowie die gesetzliche Verpflichtung und moralische Pflicht erfüllt habe.

EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle begrüßte die Festnahme, betonte jedoch, dass die Überstellung mutmaßlicher Kriegsverbrecher an das Haager Tribunal für den Status eines EU-Beitrittskandidaten nicht ausreichend sei und wies darauf hin, dass Serbien nun politische Reformen und die Förderung der Beziehungen mit dem Kosovo bevorstünden.

### Bundeskanzlerin Merkel besucht Belgrad

Deutschland und Serbien haben offen ihre Differenzen bezüglich einer Lösung des serbischen Grenzkonflikts mit Kosovo gezeigt. Nachdem Serbien auch den letzten Haager Angeklagten ausgeliefert hatte, erhoffte sich Belgrad vor Jahresende den Erhalt des Status eines EU-Beitrittskandidaten und den Termin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen Anfang nächsten Jahres. Dass diese Hoffnungen fehlschlagen könnten war beim ersten Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel

in Belgrad am 23. August 2011 sichtbar geworden, die Serbiens Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zwar ausdrücklich lobte, jedoch einen weiteren Fortschritt im EU-Annäherungsprozess Serbiens an die Ergebnisse in den Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina knüpfte. Zudem müssten die Reformen Serbiens bei der Rechtstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung weitergeführt werden.

Kanzlerin Merkel forderte Präsident Tadić ungewöhnlich deutlich auf, sich im direkten Dialog mit der Regierung in Pristina für eine Lösung des Konflikts einzusetzen. Die Direktgespräche zwischen Serbien und Kosovo müssten so geführt werden, dass auch Resultate herauskommen, wodurch die Gefahr einseitiger Schritte von beiden Seiten verringert werde. Zudem müssten die von Belgrad unterstützten Kosovo-serbischen Parallelstrukturen in Verwaltung, Polizei, Justiz, Zoll, Bildungs- und Gesundheitswesen abgeschafft werden, denn die kosovarische Regierung müsse ihr Einflussgebiet auch auf den mehrheitlich von Serben bewohnten Norden ausdehnen. Auch dürfe Serbien nicht weiter die Teilnahme Kosovos an internationalen Treffen boykottieren.

Präsident Tadić betonte, dass niemand Serbien auffordern brauche mit Pristina einen Dialog zu führen und dass offene Fragen mit dem Kosovo vor dem EU-Beitritt Serbiens zu lösen seien. Belgrad suche im eigenen Interesse nach einer Kompromisslösung, werde jedoch die Unabhängigkeit der früheren serbischen Provinz niemals anerkennen. Er machte unmissverständlich klar, dass er von dem im Herbst erwarteten Zwischenbericht der EU-Kommission mehr erwarte als nur eine Einstufung als Beitrittskandidat, vielmehr ein klares Datum zum Start der Beitrittsverhandlungen und warnte davor, die Frage des Kosovo-Grenzstreits mit der Frage des EU-Beitritts Serbiens zu verknüpfen.

Die harte Haltung der deutschen Bundeskanzlerin zum Kosovo stieß in Serbien auf entschiedene Ablehnung. In der serbischen Öffentlichkeit war von neuen Bedingungen die Rede, die an Belgrad im EU-Annäherungsprozess gestellt würden. Die komplette Staats- und Regierungsspitze in Belgrad zeigte sich schockiert wegen den so gedeuteten „Sonderbedingungen“ beim EU-Beitritt des Landes und wurde in den Medien übereinstimmend zitiert, dass so harte Voraussetzungen für eine weitere EU-Annäherung Serbiens nicht erwartet worden und inakzeptabel seien.

#### Nordkosovo – Konflikt wegen Zollstreit mit Serbien eskaliert

Belgrad und Pristina führen seit März dieses Jahres einen Dialog unter Vermittlung der EU über offene technische Fragen der praktischen Zusammenarbeit zur Normalisierung des Alltagslebens der kosovarischen Bürger.

Nach einem ersten Durchbruch und Einigung beider Seiten Anfang Juli über Reisefreiheit, Kfz-Kennzeichen, Personenregister, Kataster und Schulabschlüsse wurde die nächste Gesprächsrunde aufgrund mangelnder Bereitschaft weitere Übereinstimmungen zu erzielen verschoben.

Angesichts des ausstehenden Einvernehmens über die Anerkennung des kosovarischen Zollstempels durch Belgrad beschloss die Kosovo-Regierung Mitte Juli Warenimporte aus Serbien zu untersagen.

Zur Durchsetzung des Einfuhrverbots an den nördlichen im serbischen Siedlungsgebiet liegenden Grenzposten Jarinje und Brnjak, bisher von der EULEX und ethnisch serbischen Beamten verwaltet, wurde in der Nacht zum 26. Juli 2011 die schwerbewaffnete Spezialeinheit ROSU der Kosovo-Polizei eingesetzt um dort Kosovo-albanische Zollbeamten zu stationieren. Daraufhin kam es zu gewalttätigen Demonstrationen der ortsansässigen Serben, die aus Protest den Grenzübergang Jarinje in Brand setzten und Straßenblockaden errichteten. Bei den Ausschreitungen wurden mehrere Personen verletzt, ein kosovarischer Polizist erlag später seinen Verletzungen.

Nachdem die USA und die EU den Einsatz der Sondereinheit als nicht abgesprochen kritisiert hatten wurde diese abgezogen. Um weitere Gewalteskalation zu verhindern übernahm die NATO-Schutztruppe KFOR die Kontrolle.

Serbiens Präsident Tadić verurteilte die Handelsentscheidung als inakzeptablen und feindlichen Schritt und rief die Serben im Kosovo zur Ruhe auf. Dagegen beschuldigte Kosovo-Premier Thaci die serbische Führung, hinter den Ausschreitungen zu stehen, was von Belgrad dezidiert zurückgewiesen wurde.

Nach der Zuspitzung der Lage im Kosovo berief die Regierung in Belgrad am 31. Juli 2011 eine Sondersitzung des Parlaments ein. In Anwesenheit des Staatspräsidenten und aller Minister wurde eine Deklaration verabschiedet, in der festgestellt wird, dass die vorübergehenden Institutionen in Pristina versucht hätten, mit Gewalt die bestehende Lage zu verändern und dass einzelne internationale Missionen die UN-Kosovo-Resolution 1244 verletzt und so die Rechte und Existenz des serbischen Volkes im Kosovo bedroht hätten. Die Erklärung verpflichtet die serbische Regierung anhand ausschließlich friedlicher Mittel und durch Dialog alles in ihrer Macht stehende zu tun um den freien Personen- und Warenverkehr an der administrativen Grenze zu Kosovo wiederherzustellen.

Die Situation entspannte sich kurzfristig nachdem sich Belgrad und Pristina am 02. September 2011 in Brüssel über die Anerkennung kosovarischer Zollstempel ohne Hohenheitszeichen durch serbische Behörden geeinigt hatten. Die Umsetzung der Vereinbarung sollte mit der Übergabe der Kontrolle an den zwei Grenzübergängen vom KFOR an kosovarische Polizisten und Zöllner am 16. September 2011 erfolgen. Gleichzeitig sollte das Importverbot für serbische Waren aufgehoben werden.

Die serbische Bevölkerung im Nordkosovo lehnte jedoch diese Verständigung ab und reagierte mit der Errichtung von zahlreichen Straßenblockaden um die Entsendung der Beamten zu verhindern. Ende September kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen protestierenden Serben an den Barrikaden und mit deren Räumung beauftragten KFOR-Soldaten. Medienberichten zufolge sollen bei den Krawallen gegen die KFOR Handgranaten und Rohrbomben eingesetzt worden sein. Die Soldaten antworteten mit scharfer Munition, drei

wurden verletzt. Mehrere Demonstranten mussten wegen Schusswunden ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Der Vorfall löste in Serbien wegen Vorwürfen, dass serbische Extremisten am Gewaltausbruch schuld seien, blanke Empörung aus. Präsident Tadić verurteilte die Anwendung von Gewalt gegen die Bürger Kosovos und betonte, dass die KFOR im Kosovo sei, um unbewaffnete Bürger zu beschützen, nicht um sich mit ihnen anzulegen. Die Serben im Kosovo mahnte er, sich bei Provokationen zurückzuhalten. Der serbische Innenminister Dačić sprach von einer Schande für die internationale Gemeinschaft und von erhöhter Bereitschaft der serbischen Polizei in der sogenannten Bodensicherheitszone zum Kosovo.

Nach dem Einsatz zusätzlicher KFOR-Truppen beruhigte sich zwar die Lage; im Nordkosovo wird sie jedoch weiterhin als angespannt und labil bewertet.

Wegen der erneuten Gewalteskalation sagte die serbische Delegation die nächste in Brüssel geplante Gesprächsrunde mit Pristina kurzfristig ab.

Eine Lösung der Situation ist derzeit nicht in Sicht.

Vidica Drakulić

Die Autorin ist Projektassistentin der Hanns-Seidel-Stiftung in Belgrad, Projekt Serbien und Montenegro

#### IMPRESSUM

Erstellt: 06.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)